

Vorlage-Nr.: **0843-2021/DaDi**  
 Aktenzeichen:  
 Fachbereich: **Fraktion der Freie Wähler/UWG**  
 Rupp, Jörg  
 Beteiligungen:  
 Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Ausschuss für Klima, Umwelt, Gesundheit und Infrastruktur	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Kosten für Dienstwagen in der Landkreisverwaltung senken – Änderungsantrag FW/UWG**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreisausschuss wird gebeten, zu prüfen,

1. inwieweit innerhalb der Verwaltung, der Eigenbetriebe, Gemeindeverbände usw. auf Dienstwagen verzichtet werden kann. Die Zahl der Dienstfahrzeuge im Fuhrpark des Landkreises Darmstadt-Dieburg ist einer kritischen Prüfung zu unterziehen und auf das Notwendigste zu beschränken.
2. inwieweit dienstliche Fahrten mit Autos durch die Nutzung alternativer Verkehrsmittel, insbesondere von Bus und Bahn, erfolgen können.
3. wie die Kosten des Einsatzes von Dienstwagen und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Fuhrparks der Kreisverwaltung, der Eigenbetriebe, Gemeindeverbände usw. dauerhaft abgesenkt werden können, insbesondere indem Dienstwagen mindestens eine Wagenklasse niedriger als bisher gewählt werden.
4. wie es erreicht werden kann, dass künftig die Anschaffung von Fahrzeugen mit Elektroantrieb zum Regelfall wird und die Beschaffung von Verbrennern, z.B. beim Bedarf für Langstreckenfahrten, als Ausnahmefall zu begründen ist.

Die Ergebnisse sind dem Kreistag vorzustellen.

## **Begründung:**

Die sehr schlechte finanzielle Situation des Landkreises, verstärkt durch die Pandemie, erfordert ein Umdenken in der Ausgabenpolitik des Landkreises. Der Wille zur Konsolidierung der Kreisfinanzen wird nur dann glaubwürdig, wenn auch Statussymbole und nicht notwendiger Luxus auf den Prüfstand gestellt werden. Außerdem geht die Zeit der Verbrenner langsam zu Ende. Das in weiten Teilen des Kreistages geteilte Ziel des Klimaschutzes erfordert auch ein Umdenken bei der Mobilität der Landkreisverwaltung.